

# Berlin aktuell

## Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



## Bürger bei Großprojekten stärker einbeziehen

Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag zum Schlichterspruch zu Stuttgart 21

Am 30. November stellte Dr. Heiner Geißler zum Ende der Schlichtung sein Votum für Stuttgart 21 vor. Darin spricht er sich für eine Fortführung des Projektes aus. Allerdings schlägt er eine Weiterentwicklung des Projektes zu "Stuttgart 21 Plus" vor. Dazu hat Geißler eine ganze Reihe von Verbesserungs- und Änderungsvorschlägen gemacht. Die Bahn hat sich vor diesem Hintergrund zu einem "Stresstest" verpflichtet, bei dem die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs nachgewiesen werden soll. Ministerpräsident Stefan Mappus dankte Geißler für seine Tätigkeit als Schlichter und sagte zu, die Vorschläge Geißlers "transparent" abzuarbeiten. Mappus dankte aber auch ausdrücklich den Vertretern der Projektgegner. Diese haben hochqualifiziert, mit guten Argumenten ihre Positionen vorgetragen und damit zur Sachlichkeit des gesamten Verfahrens beigetragen. Sein Dank richtete sich ebenso an die Projektbefürworter: „An die Deutsche Bahn AG und an Dr. Kefer, an Tanja Gönner, an Wolfgang Schuster, an Thomas Bopp, an Pfarrer Bräuchle und an alle, die daran beteiligt waren.“ Abschließend bewertete Ministerpräsident Stefan Mappus das Schlichtungsergebnis mit den Worten: "Ein guter Tag für Baden-Württemberg."

In dieser Woche ging es auch im Deutschen Bundestag in einer von CDU/CSU und FDP beantragten Aktuellen Stunde am Mittwoch um den "Schlichterspruch zum Bahnprojekt Stuttgart 21". Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag und Generalsekretär der baden-württembergischen CDU Thomas Strobl, der die Aktuelle Stunde eröffnete, bezeichnete die Schlichtungsrunden als "Erfolg unserer Demokratie". Dabei hob Strobl insbesondere Heiner Geißlers Leistung als Schlichter hervor. Dafür verdiene er "unseren Respekt und herzlichen Dank". In seiner Nachbetrachtung der Ereignisse mahnte er zur Nachdenklichkeit und Selbstkritik und regte an, aus den Ereignissen zu lernen und die Bürger in ähnliche Großprojekte künftig stärker einzubeziehen. Das

Land habe nicht nur von der Person Geißler gelernt, sondern auch vom Prozess der Schlichtung selbst. "Einen Kommunikationsgau wie bei Stuttgart 21 darf es nie wieder geben", mahnte Strobl. Die Vorschläge, die nun zur Nachbesserung von Stuttgart 21 auf dem Tisch lägen, müssten sorgfältig geprüft werden. Zukünftig müssten Planungsverfahren zudem unter breiterer Bürgerbeteiligung unter dem Motto "Beteiligung und Beschleunigung" stattfinden, so Strobl weiter. Gleichzeitig griff er SPD und Grüne für ihre Kritik am Schlichterspruch an. Es gehe nicht, dass diejenigen, die zuvor Geißler als Schlichter ins Gespräch gebracht hätten, nun an diesem herummäkelt. Die Grünen seien eben eine "Dagegen-Partei", sagte Strobl.

Der Stuttgarter CDU-Abgeordnete und Berichterstatter für das Projekt Stuttgart 21 im Verkehrsausschuss, Dr. Stefan Kaufmann, hob in seiner Rede den Anspruch der Union hervor, zunehmend komplexe Themen allgemeinverständlich zu vermitteln und nachvollziehbar zu machen: „Neue Formen der Bürgerbeteiligung und Bürgerinformation sind in der Diskussion. Das Land Baden-Württemberg hat heute hierzu im Rahmen eines Sieben-Punkte-Programms die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur modernen Ausgestaltung der repräsentativen Demokratie angekündigt. Das ist ein guter Weg, wie ich meine.“ Abschließend forderte er von der SPD: „Bekennen Sie Farbe und sagen Sie endlich, ob Sie für oder gegen Stuttgart 21 Plus sind!“

Als letzter Redner in der Debatte wandte sich der Ludwigsburger Abgeordnete und Verkehrspolitiker Steffen Bilger an die Grünen: „Auch ich bin den Grünen durchaus dankbar, dass sie Schlichtung und Schlichter ins Gespräch gebracht haben; das war eine gute Idee. Aber nach der notwendigen Versachlichung der Debatte ist es jetzt nötig, den Schlichterspruch anzuerkennen und umzusetzen. Lassen Sie uns diesen Prozess auch im Deutschen Bundestag konstruktiv begleiten.“

### Zwischenbericht zur Elektromobilität

Um Elektromobilität in Deutschland voranzubringen und entscheidende Impulse für die beschleunigte Marktfähigkeit innovativer Elektrofahrzeuge zu geben, hat die Bundesregierung am 3. Mai 2010 in Berlin die Nationale Plattform Elektromobilität etabliert. In dieser Woche wurde der Bundesregierung der erste Zwischenbericht dieses Expertengremiums überreicht. Im Bericht stellen die Arbeitsgruppen ihre bisher erarbeiteten Ergebnisse zu Themen wie Antriebs- und Batterietechnologie, Ladeinfrastruktur und Normung, Materialien und Recycling, aber auch Ausbildung und Qualifizierung sowie Rahmenbedingungen vor. Zur Veröffentlichung des Zwischenberichtes erklärte der Konstanzer Abgeordnete und Beauftragte für Elektromobilität der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Jung: „Die Plattform unterstreicht die Herausforderung und Chance der Elektromobilität für Wirtschaft und Arbeitsplätze in Deutschland. Zudem wird die Bedeutung für unser Energiekonzept herausgearbeitet: Ökostrom ist der Treibstoff von morgen. Wie die Koalition, so unterstreicht auch die Plattform die Verknüpfung der Elektromobilität mit erneuerbaren Energien. Elektroautos können eine wichtige Rolle für die dezentrale Speicherung der schwankenden Einspeisemengen bei einem wachsenden Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung übernehmen. Unterm Strich gilt: Wir wollen in Deutschland Leitanbieter für Elektromobilität werden und bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen haben. Mit der Nationalen Plattform Elektromobilität und der Umsetzung ihrer Handlungsempfehlungen werden wir dabei gut voran kommen.“

### Einsetzung einer Enquete-Kommission

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. Dieses Gremium, in dem die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag durch den Ludwigsburger Abgeordneten Steffen Bilger vertreten ist, wurde beauftragt, insbesondere folgende Schwerpunkte zu untersuchen: Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft, Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindicators, Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Ent-

kopplung, nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik, Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile. Hintergrund: Enquete-Kommissionen bilden eine Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft. Hier arbeiten Abgeordnete und externe Sachverständige. Die Mitglieder der Enquete-Kommission werden im Einvernehmen mit den Bundestagsfraktionen benannt. Sie legen dem Bundestag Berichte und Empfehlungen bis zum Ende der Wahlperiode vor. Die nun eingesetzte Kommission ist neben der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, der der nordbadische CDU-Abgeordnete Axel E. Fischer vorsitzt, bereits die zweite in dieser 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

### Erste gesamtdeutsche Wahl

Vor 20 Jahren, am 2. Dezember 1990 wählten Ost- und Westdeutsche den ersten gesamtdeutschen Bundestag. An die "ganz normale und zugleich ganz besondere Wahl" erinnerte Bundestagspräsident Norbert Lammert an diesem Donnerstag zu Beginn der Plenarsitzung. „Ein gutes Jahr nach dem Fall der Mauer, zwei Monate nach dem Tag der vollzogenen Einheit konnten alle Deutschen erstmals wieder in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl ihr gemeinsames Parlament wählen“, sagte Lammert. "58 Jahre haben die Deutschen darauf warten müssen, denn die letzte freie Wahl in ganz Deutschland fand davor 1932 statt.“ Allerdings sei noch in zwei getrennten Wahlgebieten gewählt worden – im Wahlgebiet West mit rund 48 Millionen Wahlberechtigten und im Wahlgebiet Ost mit rund 12 Millionen Wahlberechtigten. "Neu war übrigens auch", so Lammert, "dass die West-Berliner ihre Abgeordneten zum ersten Mal direkt in den Bundestag wählen konnten; bis dahin wurden diese vom Berliner Abgeordnetenhaus in den Bundestag gesandt." Der hatte seinen Sitz damals noch in Bonn. Die Konstituierung des gesamtdeutschen Bundestages habe dann aber in Berlin stattgefunden, erinnerte Lammert. "Am 20. Dezember 1990 eröffnete der damalige Alterspräsident Willy Brandt die Sitzung hier in diesem Raum.“

### Zitat

«Ich wünsche dem Stuttgarter Demokratie-Modell eine weite Verbreitung in Deutschland.»  
(Schlichter Heiner Geißler am Dienstag in Stuttgart)

## In eigener Sache

### 03.11.2010 Pressemitteilung: Josef Rief: Fakten sind anders!

Der CDU-Bundestagsabgeordnete klärt über Fakten zum Bundesverkehrsstraßenbau auf und weist Halbwahrheiten zurück.

Offensichtlich mangelt es der SPD in Sachen Bundesverkehrshaushalt 2011 schlicht an Informationen. Anders kann es sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief nicht erklären, dass ständig mit falschen Zahlen und Fakten argumentiert wird.

1. Im Straßenbauplan als Anhang zum Bundeshaushaltsplan werden generell keine Termine für Spatenstiche oder Gelder für Spatenstiche im künftigen Haushaltsjahr ausgewiesen. Das ist nicht neu, sondern seit vielen Jahrzehnten so.

2. Bis 2009 haben durchweg SPD-Verkehrsminister Verantwortung getragen, bis 2005 hat die SPD sogar den Kanzler gestellt. Im Ergebnis hat das dazu geführt, dass in Deutschland nur 50 Prozent des Verkehrswegeplanes abgearbeitet sind. In Westdeutschland 40 Prozent. Schlusslicht bildet Baden-Württemberg. Bei uns wurden bisher nur rund 30 Prozent der geplanten Bundesstraßenbaumaßnahmen umgesetzt. Wir sind in der Vergangenheit also klar benachteiligt worden. Trotz schwieriger finanzieller Bedingungen besteht in der ganzen CDU/CSU-Fraktion Einigkeit, dies zu ändern.

3. Es ist im Bundesstraßenbau kein Euro gekürzt worden. Selbstverständlich fließen die 80 Millionen Euro aus den Konjunkturpaketen im kommenden Jahr uns nicht noch einmal zu. Das sollte auch der SPD klar sein.

Rief erklärt, dass er sich trotz der schwierigen Bedingungen weiter mit aller Kraft für die möglichst baldige Realisierung der Ortsumfahrung Unlingen einsetzen wird. Mit dieser Mischung aus veröffentlichten Halbwahrheiten und durchschaubarem Oppositionsgeplänkel bringe man die Straße nicht vorwärts und nütze weder den Unlingen noch den Benutzern der B311.

### 02.12.2010 Pressemitteilung: Rief erfreut über Arbeitsmarktentwicklung

Als "höchst erfreulich" hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief die neuesten Entwicklung auf dem Biberacher Arbeitsmarkt bezeichnet und für dieses Resultat auch den Unternehmen für Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Region gedankt.

"Mich freut nicht nur, dass wir in Biberach mit einer weiteren Reduzierung der Arbeitslosenquote von 2,9 auf 2,8 unsere landesweite Spitzenposition weiter gefestigt haben, sondern dass es auch gelungen ist, die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen und der Harz IV-Empfänger weiter erheblich zu reduzieren", so Rief. Ein Arbeitsplatz sei immer noch die beste Sozial- und Wirtschaftspolitik, die man leisten könne. Mit dieser hervorragenden Entwicklung hin zur Vollbeschäftigung habe man vor zwei Jahren noch nicht rechnen können, erinnert Rief deshalb an die richtigen politischen Entscheidungen mit der Kurzarbeiter-Regelung und mit den verschiedenen Konjunkturprogrammen. Auf diese Weise konnten vor allem die Arbeitsplätze im Mittelstand und im Handwerk durch die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit retten, so der Bundestagsabgeordnete. Allerdings, so der Bundestagsabgeordnete, müssten jetzt mit dem Aufschwung in der Wirtschaft die öffentlichen Haushalte mit eisernem Sparwillen wieder saniert und Rücklagen gebildet werden.

### 01.12.2010 Pressemitteilung: Rief: SPD macht nur Wahl-Wind im Wasserglas

Es gibt für ganz Deutschland keine Liste mit Straßen-Spatenstichen für 2011. Und deshalb kann es auch keinen Spatenstich-Termin für den Bau der Ortsumfahrung Unlingen geben. Darauf weist der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief zur SPD-Pressemitteilung "Unlingen geht bei Vergabe leer aus" in der SZ Riedlingen vom Samstag, 27.11. hin. "Wenn SPD und Grüne in ihrer Regierungsverantwortung unser Land Baden-Württemberg beim Straßenbau nicht so vernachlässigt, sondern sich ebenso intensiv für den Straßenbau in der Region eingesetzt hätten wie heute mit ihren Bau-Prognosen, dann hätte uns dies sicher mehr geholfen, und wir wären dann auch schon weiter", sieht Josef Rief in der neuerlichen Diskussion nur billiges Wahlkampfgetöse vor dem März 2011. *Lesen Sie weiter auf [www.josef-rief.de](http://www.josef-rief.de)*

